



Essay

Wuppertal: 16.Juni 2018 - Eine kritische
Zusammenfassung zum Naziaufmarsch und Polizeivorgehen

Herausgeber:

Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V.
& Tacheles e.V.

Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V.
Bendahler Straße 29
42285 Wuppertal

Tacheles e.V.
Rudolfstr. 125
42285 Wuppertal

V.i.s.d.P.:

Daniel Kolle

Autor:

Sebastian Weiermann

(Teile einzelner Texte wurden vom Autor zuerst im neuen deutschland veröffentlicht.)

Bilder:

Mit freundlicher Genehmigung von: twitter.com/infozentrale



Intro

Am 16. Juni 2018 marschierten knapp 100 Neonazis durch Wuppertal-Oberbarmen und Barmen. Es war der Kern der militanten Neonazi-Szene in Nordrhein-Westfalen, der sich an diesem Tag in Wuppertal traf. Akustisch gestört wurden die Rechten zwar immer wieder von über 500 Antifaschist*innen, aufgehalten werden konnte der Aufmarsch allerdings nicht. Der Grund dafür war eine Polizeitaktik, durch deren teilweise brutale und unverhältnismäßige Nulltoleranzstrategie es den Nazis ermöglicht wurde, sich auf der Straße auszubreiten. Das prominenteste Beispiel für den überzogenen Polizeieinsatz war sicherlich die Festnahme des Jobcenterleiters Thomas Lenz. Der Fall Lenz wurde sogar im Landtag besprochen. Doch es gibt noch viele andere Punkte, die Fragen aufwerfen, wie beispielsweise das Konzept und der Einsatz der Polizei. Dieser Bericht versucht, die Ereignisse rund um den 16. Juni nachzuzeichnen, Schlaglichter auf einzelne Kritikpunkte zu werfen und das alles in einen größeren Kontext zu stellen. In ganz Deutschland gibt es derzeit einen Trend hin zu mehr Law-and-Order-Politik.

Auch Nordrhein-Westfalen ist hier keine Ausnahme, wie die Pläne für ein neues Polizeigesetz zeigen.

Informationsfreiheit auch für Antifaschist*innen



Ein Aktivist des „Wuppertaler Bündnis gegen Nazis“ stellt auf Basis des nordrhein-westfälischen Informationsfreiheitsgesetzes (IFG NRW) regelmäßig Anfragen an die entsprechenden Behörden. Durch die Anfragen möchten er und das Bündnis über Kundgebungen und Demonstrationen von rechtspopulistischen und neonazistischen Gruppen informiert werden. Um zu erfahren, dass am 16. Juni Neonazis aus ganz NRW in Wuppertal aufmarschieren wollten, musste er nicht die Polizei fragen. Die Neonazis warben in diesem Fall selbst für ihre Demonstration.

Was das „Wuppertaler Bündnis gegen Nazis“ zur Demo am 16. Juni auch gerne gewusst hätte: Wo wollen die Rechten aufmarschieren? Der Gegenprotest sollte schließlich sichtbar sein. Die Polizei lehnte die Anfrage nach der Wegstrecke der Rechten allerdings ab. In einem neunseitigen Schreiben erklärte die Behörde, dass der Fragesteller als Antifaschist und Anmelder von Gegendemonstrationen bekannt sei.

Details zu der Demonstration werde man ihm nicht zukommen lassen: „Die Informationen zu Uhrzeit, Versammlungsort, Aufzugsrouten und Anzahl der Teilnehmer haben zusammengefasst den Charakter einer Hinterhalt vorbereitenden paramilitärischen taktischen Lagesondierung.“ Anti-Nazi-Protest führt in Wuppertal also zum Bürgerkrieg?



Eine Unterstellung, die Harald Thomé, der im „Wuppertaler Bündnis gegen Nazis“ aktiv ist, nicht auf sich sitzen lassen möchte. Der Ablehnungsbescheid der Polizei sei ein „frontaler Angriff“ auf das „antifaschistische Spektrum“

in der Stadt. Die Planung paramilitärischer Aktionen weist das Bündnis von sich. Am Montag vor dem Aufmarsch kündigte das „Wuppertaler Bündnis gegen Nazis“ an, gegen die Ablehnung der Anfrage zu klagen, und veröffentlichte eine Pressemitteilung. Am Dienstagnachmittag folgte dann die Überraschung. Die Polizei hob den ablehnenden Bescheid über die Anfrage auf. In der Antwort auf eine Presseanfrage der Zeitung „neues deutschland“ heißt es: „Der Bescheid war inhaltlich fehlerhaft und auch materiell rechtlich angreifbar.“ Auch teilte die Polizei mit, dass für die Beantwortung von Anfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz „grundsätzlich die politische Gesinnung des Antragstellers sowie seine politischen Aktivitäten und Aussagen unerheblich“ seien.

Anders liest sich hingegen, was das nordrhein-westfälische Innenministerium in einem Bericht für den Innenausschuss des Landtags zu diesem Sachverhalt zu sagen hat. Der Aktivist des Anti-Nazi-Bündnisses stelle solche Anfragen regelmäßig, auch vor einer kleinen Kundgebung der Neonazis im März, dort sei er dann mit „weiteren Personen“ erschienen und habe sich erst vor Ort bereit erklärt, eine

Gegenkundgebung anzumelden. Aus dieser Erfahrung schloss die Polizei, „dass der Antragsteller die ersuchten Informationen erneut dazu nutzen würde, um unter Missachtung von Vorgaben des Versammlungsgesetzes unangemeldeten Gegenprotest zu mobilisieren“. Dies sei in Kombination, mit der „seit Anfang 2018“ festgestellten „zunehmenden Gewaltbereitschaft der linken Szene in Wuppertal“ ein Grund dafür, dass die Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz abgelehnt worden sei. Im Kontext der zunehmenden Gewaltbereitschaft argumentiert das Innenministerium mit dem beschädigten Rohbau der Polizeiwache am Döppersberg und verschiedenen Attacken auf Parteibüros. In welcher Verbindung der Antifaschist zu den nichtermittelten Tätern stehen soll, erklärt das Innenministerium allerdings nicht und spricht nur von einer „Befürchtung“, die Informationen über den Naziaufmarsch könnten das „linksautonome Spektrum“ erreichen.



Die Ablehnung der IFG-Anfrage verteidigt das Innenministerium weiterhin. Der Ablehnungsbescheid hätte, so ist der Standpunkt der Behörden, nur besser formuliert werden müssen und nicht „Mitglieder der Zivilgesellschaft unter Generalverdacht und in eine gewaltbereite, paramilitärische Ecke“ stellen dürfen. Für die Zukunft verspricht das Innenministerium, werde die Wuppertaler Polizei besser kommunizieren. Dafür seien „organisatorische Maßnahmen“ getroffen worden. Dass die Anfrage wirklich wegen eines „Büroversehens“ abgelehnt wurde, scheint äußerst fraglich. Solche Anfragen werden nicht von Praktikanten beantwortet, sondern von erfahrenen Polizist*innen, die das strategische Konzept ihrer Behörde umsetzen.

Völkischer Antikapitalismus von militanten Neonazis



Nur knapp 100 Neonazis waren es, die sich am 16. Juni in Oberbarmen versammelt hatten. Der Aufmarsch diente offensichtlich eher als Existenzbeweis des Kreisverbandes der Partei „Die Rechte“. Allerdings bilden die Rechten, die aufmarschiert sind, den Kern der militanten Nazibewegung in Nordrhein-Westfalen.

"Masseneinwanderung stoppen - Gegen Überfremdung und Sozialabbau", so lautete das Motto des rechten Aufmarsches am 16. Juni. Das ist nicht besonders innovativ, sondern knüpft an eine Strategie an, die von der extremen Rechten in der ganzen Bundesrepublik und darüber hinaus seit Jahren verfolgt wird. Die Themen Flucht und Migration werden auf plumpe Weise mit der sozialen Frage verknüpft. Damit erhoffen sich die Rechten Zustimmung bei den deklassierten und von Armut betroffenen Menschen zu erzielen. Vom Ausländer, der den Arbeitsplatz „klaut“, bis zum Flüchtling, der eine Wohnung durch den Staat erhält, spielen die Nazis dabei eine öde Palette an stumpfen Parolen ab. Komplexe Zusammenhänge schildern sie nicht. Ihre Bot-

schaft ist simpel: Wären nur Deutsche im Land, ginge es den Deutschen besser. Mit ihrem völkischen Antikapitalismus bilden sie allerdings die ideologische Speerspitze einer Welle, auf der auch die „Alternative für Deutschland“ zunehmend reitet. So hören sich Reden vom ehemaligen Sozialdemokraten und heutigen AfD-Politiker Guido Reil aus Essen, der die Armut im Norden seiner Heimatstadt beklagt, oftmals genauso an, wie das, was man bei Neonaziaufmärschen, wie am 16. Juni, zu hören bekommt.

Die AfD ist auch ein Faktor dafür, dass die neonazistische Straßenpolitik in den vergangenen Jahren abgenommen hat. Versprachen sich Parteien, wie die NPD nach den Wahlerfolgen in einigen ostdeutschen



Bundesländern in den 2000er Jahren, noch eine dauerhafte Etablierung in den Parlamenten, so hat sich diese Hoffnung heute, mit den Erfolgen der AfD fast gänzlich zerschlagen. Neonazismus findet nun zunehmend im kulturell geprägten, vopolitischen Raum statt. Zu großen Rechtsrockkonzerten kommen teilweise mehrere tausend Besucher*innen. Die Zahl der Teilnehmenden von Aufmärschen und die Häufigkeit von Aufmärschen nehmen dagegen ab. Viele Neonazis haben verstanden, dass sie mit Straßenpolitik und der Beteiligung an Wahlen keine für sie zählbaren Erfolge mehr erreichen können. Geschieht dies trotzdem, dann in erster Linie, um den Status als Partei nicht zu verlieren und mit besonderen Geschmacklosigkeiten aufzufallen. „Die Rechte“ provozierte zum Beispiel im Bundestagswahlkampf 2017 mit Plakaten mit der Aufschrift: „Wir hängen nicht nur Plakate.“

Besondere Köpfe in Sachen Provokation sind die Dortmunder Neonazis. Für den Aufmarsch am 16. Juni stellten sie auch die Logistik. Der Lautsprecherwagen kam aus Dortmund, genau wie die größte Gruppe der Teilnehmenden. Auf einige von ihnen lohnt es sich, einen besonderen Blick zu werfen.

Da wäre zum Beispiel Robin Schmiemann, der als Brieffreund der NSU-Terroristin Beate Zschäpe einige Berühmtheit erlangte. Mit Zschäpe teilt Schmiemann auch die Hafterschaft. 2007 überfiel er einen Discounter im Dortmunder Stadtteil Brechten. Einen tunesischstämmigen Kunden schoss er dabei an und verletzte ihn lebensgefährlich. 2016 wurde er aus der Haft entlassen. Schon wenige Tage nach seiner Haftentlassung nahm Schmiemann wieder an einem Neonaziaufmarsch teil. Zu dem Überfall 2007 wurde Schmiemann nach eigenen Angaben von Sebastian S. überredet. Schmiemann schuldet seinem Kameraden, der sich später als V-Mann des Verfassungsschutzes entpuppte, Geld für einen geplatzten Drogendeal. Heute gehört Robin Schmiemann, nach Recherchen des Portals „Exif Recherche“, zu den zentralen Figuren der Neonaziterrordgruppe „Combat 18“ und verfügt über beste Verbindungen zu Gleichgesinnten, unter anderem in Großbritannien, Schweden und Polen. Am Wuppertaler Aufmarsch nahm Robin Schmiemann als Ordner teil. Seine Halstätowierung, zwei gekreuzte Stabhandgranaten (das Symbol der SS-Sturmbrigade Dirlewanger), beanstandete die Wuppertaler Polizei nicht.



Ein anderer Neonazi, der inzwischen in Dortmund lebt, ist der Wuppertaler Matthias Drewer. 2011 beteiligte sich Drewer am Überfall auf Flohmarktbesucher*innen in Vohwinkel und verletzte seine Opfer durch Schläge mit einem Knüppel.

Es folgten zwei langwierige Prozesse, bei denen die Opfer immer wieder mit den Tätern konfrontiert und teilweise von ihnen bedroht wurden.

Drewer und andere Nazis ließen sich sogar, in Erinnerung an den Überfall, „KKK30“ tätowieren. Eine Abkürzung, die für „Knüppelkommando Kaiserstraße 30“ stehen soll. Dort befand sich damals eine neonazistische Wohngemeinschaft,



aus der heraus der Überfall begangen wurde und die danach als Rückzugsort diente. Nachdem Drewer eine Haftstrafe absitzen musste, zog er nicht zurück ins Tal, sondern nach Dortmund. Am 16. Juni betätigte sich Matthias Drewer auf dem Berliner Platz als Einpeitscher des neonazistischen Aufmarsches. Wie in seinen Reden üblich, sparte er nicht mit Vernichtungsdrohungen gegenüber Migrant*innen und Gegendemonstrant*innen und kaum versteckter NS-Verherrlichung, etwa als er sagte, dass er und seine Kameraden „seit 1933“ ein „eindeutiges Programm“ hätten, wie mit Gegnern umzugehen sei. Im weiteren Verlauf des Aufmarsches betätigte sich Drewer als Anti-Antifa-Fotograf. Auf einem von ihm mitbetriebenen Flickr-Account sind zahlreiche Bilder von Gegendemonstrant*innen und Passant*innen veröffentlicht worden.

In Sachen Widerwärtigkeit konnte es Manfred Breidbach mit seinem Kameraden Matthias Drewer aufnehmen. Breidbach ergriff bei der Kundgebung auf dem Alter Markt das Wort. Die Rede des Düsseldorfer



Neonazis bestand aus purem und unverblühtem Antisemitismus. Die „alte Geldmacht“, den „Parasiten“, dürfe er auf der Kundgebung nicht benennen. Im Kreis der Kameraden wisse aber sicher jeder, wer gemeint sei, fügte er hinzu.

Breidbach sprach davon, dass „unsere deutsche Jugend“ von „Fremden vergewaltigt“ werde und dass dies unser Land „stärker verändert“ habe als „beide Weltkriege“. Den „alten Parasiten“ – womit er erkennbar Jüdinnen und Juden meinte – brauche er „gar nicht zu benennen“, weil er ansonsten einem „politisches Verfahren“ ausgesetzt sei. Er sprach vom „BRD Regime“, das „uns knechte“; wir müssten „wie Lemminge“ den „eigenen Volkstod“ befürchten.

Breidbach war über Jahre in der NPD aktiv, ist aber mittlerweile zu „Die Rechte“ gewechselt. Schon zu NPD-Zeiten galt er als antisemitischer und offen nationalsozialistischer Scharfmacher. Seine neue Partei sieht so etwas gerne.

Einen „Scharfmacher“ brauchten viele Neonazis nicht. Als sie Gegendemonstrant*innen passierten, folgten Parolen wie „Schlagt den Roten die Schädeldecke ein!“ oder „9mm für linkes Gezeter“. Die Polizei stoppte den Aufmarsch daraufhin kurz, ein Abbruch der Demonstration oder die Ingewahrsamnahme von Neonazis, die diese Parolen riefen, erfolgten nicht.

Als während der Kundgebung mehrfach die Parole „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“ gebrüllt wurde, stoppte die Polizei den Zug. Die Veranstalter mussten per Mikrofonanlage darauf hinweisen, dass dies eine verbotene Parole sei. Dennoch wurde dieser Satz 20 Minuten später erneut mehrfach wiederholt. Als ein Journalist einen umstehenden Polizisten auf den Sachverhalt hinwies, reagierte dieser mit großer Verärgerung: Die Polizei wisse selber, wie sie sich zu

verhalten habe. Ein Polizeisprecher informierte nach der Kundgebung darüber, dass eine Anzeige wegen Volksverhetzung und drei Strafanzeigen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz gegen Neonazis gefertigt wurden.

Hauptorganisator des Aufmarsches war Kevin Koch, der als Vorsitzender des Wuppertaler Kreisverbandes von „Die Rechte“ fungiert.

Koch war 2010 am Überfall auf das CinemaxX beteiligt. Dort hatte eine Gruppe von 25 Neonazis die Aufführung eines Films des Wuppertaler Medienprojekts über die lokale Nazi-Szene



gestört. Als Securitys die Nazis aus dem Kino drängten, setzten diese Pfefferspray ein und bewarfen anschließend das Kino mit Steinen. Koch wurde im darauffolgenden Prozess zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Aufmarsch am 16. Juni diente für Koch auch dazu, ein Lebenszeichen von seinem Kreisverband zu senden. Viele Kameraden und Kameradinnen folgen Kevin Koch derzeit nicht, wie verschiedene Infostände und Kundgebungen zeigen, die Koch und Co. in der ersten Hälfte des Jahres 2018 in Wuppertal und umliegenden Städten durchgeführten. Ohne die Unterstützung von außerhalb wäre es für die Wuppertaler Nazis wohl nur schwer möglich gewesen, den Aufmarsch durchzuführen.

Kein Tanztheater



Wie eine junge Frau, die eigentlich das Theaterprojekt im Haus der Jugend besuchen wollte, die Situation am Geschwister-Scholl-Platz erlebte:

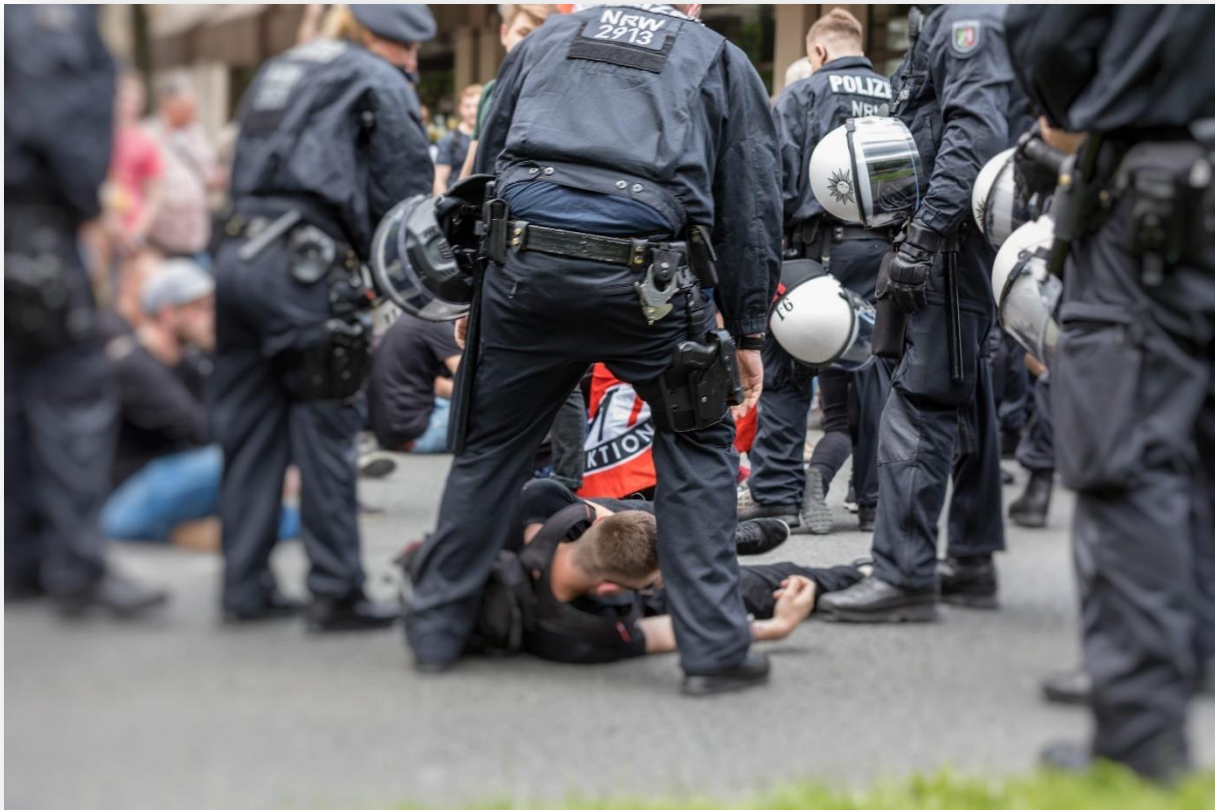
Rund um Sarah wird es immer lauter. Je näher die Neonazis kommen, desto entschlossener werden die „Nazis raus!“-Rufe. Eigentlich wollte die junge Wuppertalerin auf dem Platz sitzen und den Vorführungen des Tanztheaters zusehen. „Meine Schwester macht da mit“, erzählt sie. Doch die Abschlussveranstaltung des Projektes „tanz, tanz... wir“, bei der das Pina-Bausch-Tanztheater mit Jugendlichen mit und ohne Fluchterfahrungen zusammengearbeitet hat, muss an diesem Samstag ausfallen. Die Veranstalter sahen nämlich ein zu hohes Risiko in dem Aufmarsch von bekennenden Neonazis, der direkt vor ihrer Tür entlang gehen sollte. Adolphe Binder, die Intendantin des Tanztheaters, sprach im Vorfeld von einer „Fürsorge- und Sorgfaltspflicht“, die sie gegenüber den Kindern und Jugendlichen habe. Die Traumata der beteiligten Flüchtlingskinder könnten im Angesicht eines großen Polizeiaufgebots und möglicher Auseinandersetzungen getriggert werden.

Die Absage des Theaterprojektes und eines Schulfestes sorgte bei vielen Menschen in Wuppertal für einen „Jetztterstrecht“-Effekt. Sarah, die ein Pappschild mit einer Anti-Nazi-Parole hochhält, erzählt, sie sei noch nie auf einer Demo gewesen. „Dass die Nazis hier demonstrieren wollen, wusste ich vor einer Woche noch nicht“, sagt sie. Die Stimmung beim Protest beschreibt sie als sehr emotional. Eine Reiterstaffel und die gepanzerten Polizist*innen – das hat Sarah bisher noch nicht gesehen. Die Situation vor dem Haus der Jugend ist hitzig, als der Aufmarsch vorbeizieht. Mit zwei Reihen haben sich die Polizist*innen vor den



Nazigegnern aufgebaut. Neben den Anti-Nazi-Parolen werden immer wieder die Lebensgeschichten der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano und ihr Zitat „Ihr habt keine Schuld an dieser Zeit. Aber ihr macht euch schuldig, wenn ihr nichts über diese Zeit wissen wollt. Ihr müsst alles wissen, was damals geschah. Und warum es geschah,“ aus lauten Boxen abgespielt.

Ein überzogener Polizeieinsatz



„Filmen, festnehmen, Protest behindern“ - unter diesen drei Schlagwörtern kann man das Verhalten der Polizei im Umfeld des Naziaufmarsches einordnen.

Schon früh am Tag war klar, welche Linie die Wuppertaler Polizei vorgegeben hatte. Der Berliner Platz wurde mit Hamburger Gittern und Einsatzfahrzeugen abgeriegelt. Als sich immer mehr Antifaschist*innen auf dem Platz versammelt hatten, folgten Durchsagen, ihre Kundgebung sei nicht angemeldet und somit illegal. Eine Person müsse sich einfinden, die die Kundgebung anmeldet, sonst werde man die Kundgebung auflösen. Dass dies keine leere Drohung war, bewies die massive Polizeipräsenz und auch, dass einzelne Beamt*innen sich schon mit Kameras auf der Plattform der Schwebbahnhaltestelle postiert hatten. Als sich dann ein Anmelder gefunden hatte, entspannte sich die Situation zwar, doch die filmbereiten Polizist*innen blieben an der Schwebbahnstation postiert, genauso wie ein Kamerawagen am Rand des Platzes. Für die Gegendemonstrant*innen war es unmöglich, auszumachen, ob sie von der Polizei gefilmt werden oder nicht. Eigentlich ein Unding, allerdings

gängige Praxis bei Demonstrationen. Gerichte, bis zum Bundesverfassungsgericht, hatten in den vergangenen Jahren immer wieder festgestellt, dass Demonstrationen nur gefilmt werden dürfen, wenn deutlich erkennbare Gefahren bestehen oder Straftaten dokumentiert werden.

Wenn Demonstrant*innen nicht erkennen können, ob sie gefilmt werden oder nicht, passen sie unter Umständen ihr Verhalten an. Ein Eingriff in die Versammlungsfreiheit. Das sah auch ein Aktivist des „Wuppertaler Bündnis gegen Nazis“ so und



beschwerte sich bei der Polizei. Die Polizei beantwortete diese Beschwerde äußerst lapidar, die Polizist*innen hätten die Kameras dabei und in Position, falls es zu Straftaten käme. Bei einer genaueren Betrachtung hätte man aber feststellen können, dass nicht aufgezeichnet wurde und die Kamera sowieso in eine andere Richtung gezeigt habe. Das Anti-Nazi-Bündnis sieht das anders. In einer Pressemitteilung heißt es: „Wenn die Wuppertaler Polizei jetzt argumentiert, es sei doch gar nicht gefilmt und deswegen seien auch keine Grundrechte verletzt worden, vertritt sie eine Rechtsauffassung, die schon lange überholt ist. Das Bündnis gegen Nazis fordert die Wuppertaler Polizei auf, die oben zitierte Rechtsprechung umgehend anzuwenden und ihren rechtswidrigen Umgang mit Videokameras einzustellen.“

Der Versammlungsleiter, der sich auf Forderung der Polizei vor Ort spontan dazu bereit erklärte, die Versammlung anzumelden, hat angekündigt, gegen das rechtswidrige Filmen Klage einzureichen. Die Polizei reagierte daraufhin, indem sie - so die Darstellung im Bericht des Innenministers im Landtag - gegen den Versammlungsleiter ein Verfahren wegen eines Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz einleitete. Begründet wird dies mit dem Vorwurf, dass die Kundgebung

nicht schon im Vorfeld angemeldet wurde, obwohl die lokalen Medien schon einige Tage vorher über möglichen Gegenprotest berichteten.



Doch filmende
Polizist*innen
und Anzeigen im
Nachhinein waren
nicht die
einzigsten Probleme
während des
Aufmarsches.
Schon bevor die
Neonazis vom
Berliner Platz
losmarschiert
waren, umstellten
kleine

Polizeitrupps Cafés an der Berliner Straße. Wer irgendwie nach Gegendemonstrant*in aussah, musste im Café bleiben und wurde daran gehindert, in Richtung des Wupperfelder Marktes, wo es eine angemeldete Kundgebung gegen den Naziaufmarsch gab, zu gehen. Wer es doch an den Rand des Aufmarsches schaffte und den Nazis deutlich die Meinung sagte, sah sich unverzüglich schubsenden Polizeibeamt*innen gegenüber. Besonders rabiat gingen die Polizist*innen am Geschwister-Scholl-Platz vor, wo sich viele Nazigegner*innen eingefunden hatten. Hier wurde auch Thomas Lenz, der Geschäftsführer des Wuppertaler Jobcenters, festgenommen. Nach Darstellung der Polizei habe Thomas Lenz sich den ganzen Tag unangemessen verhalten. Er habe früh versucht, eine Polizeikette zu umgehen, dabei habe er sich „aggressiv verhalten“ und in Richtung eines Polizisten gedrängt. Später habe man ihn auf den Gehweg geschoben. Lenz habe sich „schubsend der Maßnahme widersetzt“ und sich mit lautem Schreien und „hektischen Handbewegungen“ gewehrt. Die Polizisten brachten Thomas Lenz daraufhin zu Boden. Am Boden liegend habe er sich „aktiv gesperrt“. Ein Video von der Festnahme des Jobcenterleiters wurde noch am Tag des Naziaufmarsches vom SPD-Landtagsabgeordneten Andreas Bialas bei Facebook hochgeladen. Es

folgten zahlreiche Solidarisierungen mit Thomas Lenz und dutzende Medienberichte. Gegen ihn wird nun wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sowie tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte“ ermittelt. Eigentlich kann die Polizei Thomas Lenz nicht mehr vorwerfen, als dass er einer Aufforderung der Polizei nicht nachgekommen ist. Am selben Ort wurde auch ein weiterer Gegendemonstrant von der Polizei in Gewahrsam genommen. Ihm wird vorgeworfen, einem Beamten, als dieser ihn von der Straße wegführte, vor den Helm geschlagen zu haben, den der Polizist vor der Brust trug. Außerdem erhielten mehrere Nazigegner Platzverweise.

Ein Grundproblem am 16. Juni war, dass es Antifaschist*innen immer wieder schwer gemacht wurde, in direkter Nähe zu den Nazis zu protestieren. Teilweise hatte die Polizei die Wegstrecke sehr weiträumig abgesperrt, so dass Menschen, die am Berliner Platz demonstrierten, es nicht schafften, sich den Nazis auch am Geschwister-Scholl-Platz entgegenzustellen. Am Alter Markt, wo die Rechten besonders aggressive Hetzreden hielten, gab es so fast gar keinen wahrnehmbaren Gegenprotest mehr. Am Barmer Bahnhof, wo der Aufmarsch endete, konnte nur das Opernhaus den Neonazis mit der „Ode an die Freude“ Paroli bieten.

Die Polizei und ihr (neues) Selbstbewusstsein



Was im Kontext des Naziaufmarsches am 16. Juni zu erleben war, war nur ein Detail im neuen Selbstbewusstsein der Polizei. Diskurse um die innere Sicherheit sind derzeit im Trend. Im ganzen Land werden Befugnisse für die Polizei ausgebaut.

Eine erst nach öffentlichem Druck und sehr spät beantwortete Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz, offenkundig rechtswidrig aufgestellte Kameras und die Gängelungen gegenüber Nazigegner*innen beim Aufmarsch im Juni, werfen Fragen auf. Sind die Vorfälle am und um den 16. Juni herum ein Problem der Wuppertaler Polizei? Oder handelt es sich um einen generellen Trend in der deutschen Polizeiarbeit? Auch wenn viel für die zweite These spricht, so kann dies kaum isoliert betrachtet werden, da sie sich auch auf lokale Strukturen der Polizeiarbeit auswirkt. Auch beim anschließenden Ölbergfest am Abend des 16. Juni führte die Polizei Personenkontrollen durch, bei denen drei Festbesucher von Bereitschaftspolizisten über längere Zeit kontrolliert wurden. Ein 29-Jähriger erkundigte sich bei den Beamten, was es mit der Kontrolle auf sich habe. Offenbar unzufrieden mit der Antwort,

spuckte er vor den Polizisten auf den Boden und drehte sich um. Was dann passierte, darüber unterscheiden sich die Schilderungen. Augenzeugen sagen, ein Polizist habe den Mann dann zu Boden gestoßen, die Polizei sagt, er sei gestolpert, als er sich der Festnahme entziehen wollte. Jedenfalls erlitt er Platzwunden am Kopf und musste in einer Klinik behandelt werden. Die Polizei behauptet außerdem, ein aggressiver Mob habe sich um sie versammelt. Auch dem widersprechen Augenzeugen.

Dass Härte in ganz Nordrhein-Westfalen das neue Gebot der Stunde ist, kann man erahnen, seitdem im Februar ein internes Schreiben der NRW-Polizei bekannt wurde. In dem heißt es, dass die Polizei ein neues „Leitbild“ entwickeln wolle. Polizisten sollten „gewaltfähig“ werden und „körperliche Robustheit, Präsenz und Durchsetzungsfähigkeit“ ausstrahlen.



Im alten Leitbild wurde die Ansprache als wesentliches Einsatzmittel genannt. Verena Schäffer, Landtagsabgeordnete der Grünen, fällt dazu ein vernichtendes Urteil: „Die sogenannte NRW-Linie der Polizei, die Bürgernähe, Deeskalation und

Kommunikation in den Vordergrund gestellt hat, soll durch ein martialischeres Auftreten der Polizei ersetzt werden. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass dies zu weniger Angriffen auf Polizeibeamte führt. Mit seinen Maßnahmen gefährdet der Innenminister auf Dauer das hohe Ansehen der Polizei in der Bevölkerung.“ Passend zum künftigen Leitbild verkündete Innenminister Herbert Reul auch gleich noch, dass NRW im Herbst 2018 drei „Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften“ aufstellen werde. Diese Spezialkräfte, die es in fast allen Bundesländern gibt, fallen im Rahmen von Demonstrationen und Fußballspielen immer wieder durch brutale Einsätze auf. Tobias Singelstein, Professor für Kriminolo-

gie an der Ruhr-Universität Bochum, glaubt nicht, dass die neuen Konzepte zukunftsweisend sind. „Es handelt sich um rückwärtsgewandte Konzepte. Martialischeres Auftreten, schnellerer Einsatz von Gewalt und der Abbau rechtsstaatlicher Kontrolle werden nicht zu mehr, sondern im Gegenteil zu weniger Respekt und Akzeptanz für die polizeiliche Tätigkeit führen.“

Die Zeiten für Proteste werden auf nordrhein-westfälischen Straßen zweifellos härter.

Das betrifft aber nicht nur den Straßenprotest. Mit dem geplanten neuen Polizeigesetz verschafft sich die Polizei bisher ungeahnte Eingriffsmöglichkeiten. Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung sollen zahlreiche neue Maßnahmen etabliert werden. NRW plant einen eigenen Staatstrojaner, der auch verschlüsselte Kommunikation mitleesen und sogar verändern können soll. Sogenannte „Gefährder“ sollen künftig wegen einer „drohenden Gefahr“, ein äußerst schwammiger Begriff, für einen Monat inhaftiert werden können. Ein ähnliches Gesetz in Bayern sorgte Ende Juni für die Inhaftierung von zwei Menschen, denen vorgeworfen wurde, Aktionen gegen einen Parteitag der AfD geplant zu haben. Auch sollen Aufenthaltsverbote und -gebote ausgesprochen werden können. Wer als Gefährder geführt wird, darf im Zweifel die Stadt, in der er lebt, nicht verlassen. Maria Scharlau von Amnesty International kritisiert, dadurch könne „die Ausübung eines grundrechtlich besonders geschützten Verhaltens“, nämlich die Teilnahme an Versammlungen, behindert werden. Die „freie Lebensgestaltung“ sei so „mit erheblichen Einschränkungen konfrontiert“, so Scharlau weiter.

Was Deutschland, Nordrhein-Westfalen und Wuppertal derzeit erleben, ist eine stärkere Unterwerfung unter polizeiliche Logiken. Ein Beispiel dafür ist das



Theaterprojekt, das mit dem Pina-Bausch-Tanztheater am 16. Juni in Wuppertal stattfinden sollte. Obwohl dabei Geflüchtete beteiligt waren und es möglich gewesen wäre, den Neonazis eine andere Route zuzuweisen, wurde das Projekt von polizeilicher Seite ignoriert. Wie lange die Polizei von der Theaterveranstaltung wusste, ist umstritten. Sie selbst behauptet, erst kurzfristig und als die Wegstrecke der Nazis schon vereinbart war, von dem Projekt auf dem Geschwister-Scholl-Platz erfahren zu haben. Dem widerspricht, was die Stadt auf Anfrage der Grünen im Rat mitteilte. Danach soll die Polizei schon seit Anfang Mai vom Theaterprojekt gewusst haben. Dass es Teilnehmer*innen abschrecken oder sogar verstören könnte, wenn die Stücke in einer martialischen Kulisse aus hochgerüsteten Polizist*innen und volksverhetzende Parolen schreienden Neonazis stattfinden würde, war bei den Entscheidungen der Polizeiführung nachrangig, so dass das Fest der rechtsextremen Demonstration weichen musste und die Straße frei war für einen Aufzug gewaltbereiter Neonazis.

Informieren

Antifaschismus

Wuppertal - kein Platz für
Neonazis:

[https://www.facebook.com/wuppertalk
einplatzfuer/](https://www.facebook.com/wuppertalk
einplatzfuer/)

Antifa-Café Wuppertal:

<http://antifacafewuppertal.blogspot.eu/>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus:

<https://www.wuppertaler-initiative.de/mobile-beratung-nrw>

LOTTA - Antifaschistische Zeitung:

<https://www.lotta-magazin.de/>

der rechte rand:

<https://www.der-rechte-rand.de/>

Das Versteckspiel:

<https://dasversteckspiel.de/>



Polizei

Nein zum neuen Polizeigesetz NRW:

<https://www.no-polizeigesetz-nrw.de/>

Amnesty International Themengruppe Polizei:

<http://amnesty-polizei.de/>

Komitee für Grundrechte und Demokratie:

<http://www.grundrechtekomitee.de>